Bartholomäus Kalb

(A) Ich darf zitieren:

> Bundesschatzbriefe der Typen A und B sowie die ein- und zweijährigen Finanzierungsschätze, die das „traditionelle“ Privatkundengeschäft der Finanzagentur bilden, sind ökonomisch unattraktiv geworden. Der Anteil des Privatkundengeschäfts an der Kreditaufnahme des Bundes liegt derzeit unter ein Prozent.

– Objektiv richtig.

(Harald Koch [DIE LINKE]: Der nächste Satz ist auch richtig!)

Ich nenne Ihnen ein zweites Zitat:

> Die Finanzagentur leistet sehr erfolgreiche Arbeit.

Dem können wir uns in der Bewertung ausdrücklich anschließen und freuen uns, dass dies zutreffenderweise so geschildert wird.

Ich will noch ein drittes Zitat nennen:

> Grundlage

– für diese Entscheidungen –

> seien Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen, die auf der Basis der Entwicklung seit 2006 und der geschätzten Entwicklung über die kommenden fünf Jahre hinweg durchgeführt worden seien. Ergebnis sei, dass das Privatkundengeschäft etwa 50 bis 70 Millionen Euro Mehrkosten verursache …

(B) Dann wird korrekterweise noch darauf hingewiesen, dass auch der Bundesrechnungshof nach eigenen Angaben seit zehn Jahren dieses Privatkundengeschäft beobachtet und zu eindeutigen Empfehlungen gekommen ist.

Ich denke, dass all das, was im Vorspann zu diesem Antrag gesagt wird, zutreffend ist, dass Sie aber zu falschen Schlussfolgerungen kommen. Sie stellen fest, dass das Privatkundengeschäft rückläufig sei, dass es an Bedeutung verloren habe und dass es an Bedeutung auch für uns, für die Bundesseite, verloren habe. Wenn der Gesamtbestand weniger als 1 Prozent der Finanzierungen des Bundes ausmacht, dann kann man das nicht ignorieren wollen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Aber etwas dagegen tun!)

Ohne aus dem Gremium, dem der Kollege Carsten Schneider vorsteht, Geheimnisse auszuplaudern, darf ich ganz offen sagen, dass wohl alle Kolleginnen und Kollegen – so jedenfalls mein Eindruck in den Beratungen – es gerne gesehen hätten, wenn das Privatkundengeschäft fortgeführt worden wäre, wenn es sich denn rechtfertigen ließe.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ist es!)

Allerdings haben sich die Dinge völlig anders entwickelt als erwartet. So haben die Geldanleger – ganz offensichtlich auch die Privatkunden – neue Anlagemöglichkeiten für sich erschlossen. Wir meinen daher, dass 50 bis 70 Millionen Euro Mehrkosten einfach nicht zu rechtfertigen sind. (C)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Zwangsbeglückung!)

– Wir wollen aber keine Zwangsbeglückung, wie es der Kollege Norbert Barthle dazwischenruft, vornehmen, sondern den Menschen die Wahlfreiheit geben

(Bettina Hagedorn [SPD]: Warum macht ihr das dann nicht?)

und nicht krampfhaft ein Produkt vorhalten, das so nicht mehr nachgefragt wird.

Da ich dem Bundestag schon ziemlich lange angehöre, weiß ich, dass in den 90er-Jahren das Privatkundengeschäft – im Übrigen bei einem völlig anderen Zinsniveau – eine sehr viel größere Bedeutung für uns hatte. Es war nicht nur für die Kunden, sondern auch für uns auf der Bundesseite von Interesse, da wir uns auf dem Privatkundensektor abstützen konnten.

Diese Funktion ist nicht mehr in dem Maße gegeben, wie es sein sollte oder wie wir es gerne hätten und wie wir meinen, dass eine Fortführung dieses Geschäfts unter dann obwaltenden Umständen noch vertretbar wäre. Darum können wir die Entscheidung des Bundesfinanzministers und des Bundesfinanzministeriums nicht kritisieren. Auch von uns bedauert es der eine oder andere, dass es so gekommen ist. Es gibt aber keinen Anlass zur Kritik. Das sollten wir so auch hinnehmen.

Der beste Gradmesser dafür, ob politisches oder administratives Handeln richtig oder falsch ist, ist immer noch die Reaktion der Bürger bei uns in den Bürgersprechstunden. Wenn ich zu einer Entscheidung keine einzige Mail erhalte und zu dieser Sache keinen einzigen Bürger in der Sprechstunde empfangen darf, dann kann die Entscheidung so falsch eigentlich nicht sein und wird von den Betroffenen zumindest akzeptiert. (D)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Harald Koch [DIE LINKE]: Oder die haben die Hoffnung aufgegeben!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Bettina Hagedorn für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Präsident! Wenn man ein bisschen genauer hingehört hat, hat man bei dem Kollegen Bartholomäus Kalb, dem Kollegen der Union aus dem Haushaltsausschuss, gerade eben herausgehört, dass ihm dieser Schritt doch schwerer fällt als zum Beispiel dem Kollegen Fricke von der FDP.

So muss ich denn sagen: Wir wissen, dass es in der Union viele Sympathisanten für den Antrag der SPD gibt. Es ist nämlich in der Tat ein Fehler, dass Sie das Privatkundengeschäft aufgeben. Sie verbrämen diesen

Bettina Hagedorn

(A) Fehler immer mit dem Hinweis auf den Bundesrechnungshof. Darauf möchte ich kurz eingehen.

Der Bundesrechnungshof hat dieses Geschäft in der Tat über lange Jahre, genauer seit 1990, kritisch begleitet. Der Zeitraum, der da betrachtet worden ist, hat allerdings mit dem Zeitraum seit 2008, mit den Dingen, mit denen wir es seitdem in diesem Lande und weltweit zu tun haben, wenig gemein; er ist der falsche Maßstab. Selbstverständlich haben wir im SPD-Antrag ehrlicherweise die derzeitige schwierige Situation geschildert; Herr Kollege Kalb, Sie haben das zu Recht zitiert. Die Frage ist dennoch, welche Konsequenzen man daraus zieht.

Weil das Zitieren hier heute Abend so modern ist, zitiere ich jetzt aus einem Schreiben des Finanzministeriums vom April 2010,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das ist schon lange her! Schnee von gestern!)

in dem sich das Finanzministerium mit den Bemerkungen des Bundesrechnungshofs zu diesem Thema auseinandergesetzt hat. Darin werden drei Varianten genannt: die Einstellung des Privatkundengeschäfts, die marktschonende Modernisierung und die unveränderte Fortführung der Neupositionierung. Das BMF begründete damals ausführlich, warum es nicht für die Einstellung, sondern für die marktschonende Modernisierung votiert. Sie sollten vielleicht einmal überlegen, ob Sie das heute wirklich ganz anders sehen oder ob das vielleicht eher mit der FDP zu tun hat als mit allem anderen.

(B) (Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das hat mit dem Markt zu tun!)

Das BMF plädierte dafür,

> … eine marktschonende Modernisierung … weiterzuverfolgen, um das Privatkundengeschäft des Bundes in nachhaltiger Weise auf eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage zu stellen. In Gesprächen mit der Kreditwirtschaft sollte die Finanzagentur unter Aufsicht des BMF unter Beteiligung der … Bundesbank die Möglichkeit des Abschlusses einer Rahmenvereinbarung sondieren, die es der Kreditwirtschaft ermöglicht, sich auf die inhaltliche und zeitliche Planung, welche die Finanzagentur bei der Modernisierung des Privatkundengeschäfts verfolgt, einzustellen.

Gut gebrüllt, Löwe! Aber leider ist das Ministerium vom Kurs abgewichen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Susanne Kieckbusch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Weil in den Unterlagen immer gern davon die Rede ist, dass sich das alles nicht rechne, dass es ein altmodisches Instrument sei, das es schon so lange gebe,

(Otto Fricke [FDP]: Nee! „Altmodisch“ hat keiner gesagt!)

will ich einmal sagen, dass wir hier sehr wohl über etwas reden, das mit einer Wertedebatte, mit Tradition zu tun hat.

(Johannes Kahrs [SPD]: Genau!)

Es hat damit zu tun, wie die Menschen, deren Glaube in seinen Grundfesten ein Stück weit erschüttert wurde, eigentlich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise reagieren. Wahr ist doch, dass uns nicht etwa die Staaten in die Krise geführt haben, (C)

(Otto Fricke [FDP]: Ja, ja, die Staaten haben keine Schulden gemacht! Nein, überhaupt nicht!)

sondern die Banken, die Manager, die eine falsche Geschäftspolitik betrieben haben, solche, die geglaubt haben, dass Haftung und Risiko nicht zusammengehören; aber sie gehören zusammen. Viele Bürgerinnen und Bürger, die in die falschen Geschäftsmodelle investiert haben, haben mit ihrem Privatvermögen bitter dafür bezahlt. Die falsche Erwartung einer schnellen Rendite hat sie um Kopf und Kragen gebracht.

(Otto Fricke [FDP]: Vor allem die, die griechische oder spanische Staatsanleihen hatten!)

– Nein, wir reden über deutsche Anleger und nicht über griechische. –

(Otto Fricke [FDP]: Über Deutsche, die griechische Staatsanleihen hatten!)

Der Staat musste eingreifen, um das Schlimmste zu vermeiden.

Es ist heute modern, an die Bonität des Staates zu glauben. Darum könnten die Instrumente, die Sie hier gerade einstampfen, sehr wohl tragfähige Zukunftsmodelle sein. Nicht nur ich bin sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in dieser Zeit der Unsicherheit im Grunde genommen nicht die schnelle Mark machen wollen; sie wären schon froh, wenn sie ihr hart Erspartes sicher anlegen könnten. Sie vertrauen in Zeiten der Unsicherheit glücklicherweise gerade und vor allen Dingen dem Staat. Wir sollten als Demokraten gemeinsam stolz darauf sein und denjenigen widersprechen, liebe Damen und Herren der FDP, die es auch in dieser Zeit noch für klug halten, den Staat verächtlich zu machen. (D)

(Otto Fricke [FDP]: Es gibt auch Grenzen der Formulierung! Wissen Sie, was „verächtlich“ heißt? „Verächtlich“ ist das falsche Wort!)

Das entsprach einmal dem Zeitgeist; aber dieser Zeitgeist hat sich überholt. Ich weiß, Otto, dass du dich darüber aufregst. Aber du kannst mir eine Zwischenfrage stellen.

(Otto Fricke [FDP]: Nein! Aber „verächtlich“ gehört sich nicht!)

Die SPD ist der Auffassung, dass dies der richtige Antrag zum richtigen Zeitpunkt ist. Wir freuen uns, dass die Kolleginnen und Kollegen der Opposition zustimmen. Wir wissen, dass es viele in der Union auch gerne tun würden und dass es nur eine Fraktion in diesem Hause gibt, die diesen Antrag wirklich von Herzen schlecht findet, und das ist die FDP.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)